



München, 13.06.2018

## Krankenhäuser brauchen dringend feste Mindestausstattung mit Pflegepersonal

**Entwurf zur Änderung des Krankenhausgesetzes morgen im Plenum - Gesundheitspolitikerin Petersen: Staatliche Investitionen in Kliniken müssen wieder steigen**

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Mindestausstattung von Krankenhäusern mit Pflegepersonal und Hebammen. Dies ist Teil eines [Gesetzentwurfs \(PDF, 419 kB\)](#) zur Änderung des bayerischen Krankenhausgesetzes, der morgen (14. Juni) auf der Tagesordnung der Plenarsitzung im Bayerischen Landtag steht. "In Bayern haben wir eine hervorragende Behandlung durch Ärzte, aber leider viel zu wenige Pflegekräfte. Hier wird ein Teil des Behandlungserfolgs gefährdet. Wir wollen, dass Krankenhäuser wieder menschlicher werden - für die Patienten und für alle, die dort arbeiten", erklärt die Gesundheitspolitikerin **Kathi Petersen**. Sie verweist auch auf die enorme Arbeitsbelastung von Pflegekräften, die zu vermehrten Krankschreibungen führe.

Um das zusätzliche Personal zu finanzieren, sei es notwendig, die staatlichen Investitionen in Krankenhäuser zu erhöhen. "Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit die entsprechenden Haushaltsmittel zurückgefahren, deswegen investieren Krankenhäuser aus Eigenmitteln. Dieses Geld wird letztlich bei den Pflegekräften eingespart und darunter leiden das Personal und die Patienten", stellt Petersen fest.

Der Gesetzentwurf sieht neben Festlegungen von Personalmindestzahlen für Pflegekräfte und Hebammen auch Regelungen zum Umgang mit berufsbezogenen Belastungen vor, weiter die Stärkung von Maßnahmen gegen antibiotikaresistente Erreger sowie eine faire und transparente Abrechnung von Wahlleistungen.

Auch Patienten sollen gestärkt werden: zum Beispiel durch Patientenfürsprecher und ein flächendeckendes professionelles Entlassungsmanagement. "Besonders für alleinstehende, ältere Menschen ist ein Aufenthalt im Krankenhaus eine große Belastung. Nach einer schweren

Erkrankung brauchen sie Hilfe für Anschlussbehandlungen oder Heimaufenthalte oder Seelsorge. Diese muss überall gewährleistet sein", fordert Petersen.